**Öffentliche Bekanntmachung
der Stadt Wächtersbach Nr. 031/2025**

Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025

1. Haushaltssatzung

Aufgrund der §§ 92 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Februar 2023 (GVBl. S. 90,93), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wächtersbach am 23. Januar 2025 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	42.668.200 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	45.140.900 EUR
mit einem Saldo von	-2.472.700 EUR

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	0 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0 EUR
mit einem Saldo von	0 EUR

~~ausgeglichen~~/ mit einem ~~Überschuss~~/**Fehlbedarf** von 2.472.700 EUR

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	-856.900 EUR
---	--------------

und dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	7.672.395 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	12.602.000 EUR
mit einem Saldo von	-4.929.605 EUR

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	4.929.605 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	940.000 EUR
mit einem Saldo von	3.989.605 EUR

~~ausgeglichen~~/ mit einem ~~Zahlungsmittelüberschuss~~/
Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres von 1.796.900 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2025 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 4.929.605 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2025 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 7.315.000 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Haushaltsjahr 2025 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2025 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf 420 v.H.
 - b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf 420 v.H.
2. Gewerbesteuer auf 380 v.H.

Hinweis: Die Festlegung der Hebesätze der Grundsteuer A und B erfolgte bereits durch die Hebesatzsatzung vom 30.10.2024. Die Wiedergabe der hier festgelegten Hebesätze in dieser Haushaltssatzung hat daher nur nachrichtlichen Charakter.

§ 6

Ein Haushaltssicherungskonzept wurde nicht beschlossen.

§ 7

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans am 23.01.2025 beschlossene Stellenplan. Bei organisatorischen Änderungen dürfen in dem dadurch erforderlichen Umfang Planstellen umgesetzt werden. Diese Umsetzungen werden dann im Stellenplan der nächsten Haushaltssatzung oder Nachtragshaushaltssatzung aufgenommen. Der Magistrat ist verpflichtet, die Stadtverordnetenversammlung über erfolgte Umsetzungen zeitnah in Kenntnis zu setzen.

§ 8

Budgetierung / Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen.

Die Stadt Wächtersbach hat 20 Teilhaushalte (Budgetebenen) eingerichtet, welche wiederum zu 6 Budgetbereichen zusammengefasst sind. Für jede Budgetebene ist eine verantwortliche Person benannt und die zugehörigen Produkte zugeordnet. Auf die nachfolgende Übersicht über die Budgets und Produkte nach § 4 Abs. 7 GemHVO wird verwiesen.

§ 9

Künftig sind für alle neu in das Investitionsprogramm zu veranschlagenden Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für Baumaßnahmen die gem. § 12 Abs. 2 GemHVO aufgeführten Unterlagen vorzulegen, wobei für Baupläne auch Planskizzen (Handskizzen) und eine grobe Kostenschätzung des Stadtbauamtes ausreichend sind. Die Ausnahmen gem. § 12 Abs. 4 GemHVO für Vorhaben mit geringer finanzieller Bedeutung werden auf 500 Tsd. Euro (Gesamtausgabebedarf/ auch bei Aufteilung über mehrere Haushaltsjahre) festgelegt.

Für Instandhaltungs-, Instandsetzungsmaßnahmen und vergleichbare Maßnahmen gilt § 12 Abs. 1 GemHVO. Die Wertgrenze hierzu gem. § 12 Abs. 4 GemHVO für Vorhaben mit geringer finanzieller Bedeutung wird ebenfalls auf 500 Tsd. Euro festgelegt. Unabweisbar gem. § 12 Abs. 4 GemHVO sind Instandsetzungen dann, wenn die Einrichtung, ohne sie nicht bestimmungsgemäß benutzt werden kann oder aus rechtlichen Gründen nicht im bestehenden Zustand belassen und/oder genutzt werden darf (z. B. wenn ohne die Instandsetzungsmaßnahme verkehrssicherungspflichtigen verletzt würden). Hierzu zählen insbesondere alle Kanal- und Straßensanierungsmaßnahmen.

Deckungsfähigkeit

Alle Personal- und Versorgungsaufwendungen (Konten 62 bis 65) werden budgetübergreifend für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Alle Aufwendungen für Instandhaltungen der Gebäude und

Infrastruktur (Bauunterhaltung) (Konten 616100, 616500, 616501, 616520 und 616900) werden ebenfalls budgetübergreifend für gegenseitig deckungsfähig erklärt und ab einer Höhe von 100 Tsd. Euro Verschiebung je Budget ist vorab die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses einzuholen.

Die sonstigen zahlungswirksamen Aufwendungen sind innerhalb der Budgetbereiche gegenseitig deckungsfähig.

Bei den Investitionen werden die Ausgaben für Baumaßnahmen für gegenseitig deckungsfähig erklärt und sobald Verschiebungen in den jeweiligen Deckungsbereichen stattfinden, legt der Magistrat einen Bericht an die Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme vor und ab einer Höhe von 100 Tsd. Euro Verschiebung je Deckungsbereich ist vorab die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses einzuholen. Die sonstigen Investitionen wie z.B. Fahrzeuge, Investitionszuschüsse an Dritte oder Büroausstattung sind innerhalb der Budgetbereiche gegenseitig deckungsfähig.

Des Weiteren werden bei den nicht zahlungswirksamen Aufwendungen die Abschreibungen budgetübergreifend für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Zweckbindung

Der Mehraufwand für Straßenentwässerung (Niederschlagswasser) wird durch entsprechende Mehrerträge bei den Erlösen aus der Straßenentwässerung im Produkt Abwasser gedeckt.

Mehrerträge der Gewerbesteuer berechtigen nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO zur Leistung der auf sie entfallenden Mehraufwendungen bei der Gewerbesteuerumlage und der „Starke Heimat-Umlage“.

Bei einer Kreditumschuldung sind die Mehrauszahlungen aufgrund der außerordentlichen Tilgungsleistungen durch die entsprechenden Mehreinzahlungen bei der Kreditaufnahme gedeckt.

Im Ergebnishaushalt können Mehrerträge im Produkt 06.04.01 (Eigene Kindertageseinrichtungen) zur Leistung von Mehraufwendungen im Produkt 06.04.01 und Mehrerträge im Produkt 05.04.02 (Integration und Wohnraumversorgung von Asylbewerbern) zur Leistung von Mehraufwendungen im Produkt 05.04.02 verwendet werden.

Budgetübertragbarkeit

Grundsätzlich gilt im Haushaltsrecht das Prinzip der Jährlichkeit. Das heißt, nicht in Anspruch genommene Mittel im Ergebnishaushalt verfallen am Ende des Haushaltsjahres.

Nach § 21 Abs. 4 GemHVO werden die Ansätze für Fraktionsmittel für übertragbar erklärt und bleiben bis Ende des nächsten Haushaltsjahres verfügbar.

Die Ansätze für Investitionen bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für Ihren Zweck verfügbar; bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch 2 Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Bau oder der Gegenstand in seinen wesentlichen Teilen genutzt werden kann. Werden geplante Maßnahmen nicht begonnen, bleiben die Ansätze für Auszahlungen bis zum Ende des zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahres verfügbar.

Budgetüberschreitungen

Über die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen eines Budgets entscheidet der Magistrat oder die Stadtverordnetenversammlung nach Maßgabe des § 100 HGO.

Nach § 100 Abs. 1 Satz 3 HGO gelten, bezogen auf die Gesamtaufwendungen bzw.

Gesamtauszahlungen des jeweiligen Budgetbereiches, über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bis zu 50 Tsd. Euro als unerheblich und liegen in der Zuständigkeit des Magistrats. Der Stadtverordnetenversammlung ist davon Kenntnis zu geben. Darüber hinaus gehende Beträge bedürfen der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.

Wächtersbach, den 24.01.2025

Der Magistrat
der Stadt Wächtersbach

gez. Weiher
Bürgermeister

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die nach § 97a HGO erforderlichen Genehmigungen der Aufsichtsbehörde zu den Festsetzungen in den §§ 2, 3 und 4 der Haushaltssatzung sind erteilt.

Sie haben folgenden Wortlaut:

Genehmigung

Hiermit erteile ich gemäß der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 25.02.1952 in der aktuell gültigen Fassung

der **Stadt Wächtersbach** (Main-Kinzig-Kreis)

die Genehmigungen

- 1) im Haushaltsjahr 2025 zur Abweichung von den Vorgaben zum Haushaltsausgleich in der Planung (§ 97a Nr. 1 i. V. m. § 92 Absatz 5 Nr. 2 HGO).
- 2) zur Aufnahme der in § 2 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehenen Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen bis zur Höhe von

4.929.605 €

(in Worten: Vier Millionen neunhundertneunundzwanzigtausend sechshundertfünf Euro).

- 3) für den in § 3 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehenen Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren (2026) für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von

7.315.000 €

(in Worten: Sieben Millionen dreihundertfünfzehntausend Euro).

- 4) zur Inanspruchnahme der in § 4 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehenen Liquiditätskredite, die im Haushaltsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, bis zur Höhe von

4.000.000 €

(in Worten: Vier Millionen Euro).

Gelnhausen, den 26.03.2025

Main-Kinzig-Kreis
Kommunal- und Finanzaufsicht
Der Landrat
Im Auftrag
gez. Rieger
Amtsrätin

Der Haushaltsplan der Stadt Wächtersbach für das Haushaltsjahr 2025 liegt zur Einsichtnahme in der Zeit vom 07.04.2025 bis einschließlich 16.04.2025 im Rathaus, Schloss 1, 63607 Wächtersbach, Zimmer 1.21 oder 1.17, zu folgenden Uhrzeiten öffentlich aus:

- montags bis freitags von 8 bis 12 Uhr und
- donnerstags zusätzlich von 14 bis 18 Uhr

Wir bitten Sie, vorher telefonisch einen Termin zu vereinbaren.

Wächtersbach, den 02.04.2025

Der Magistrat
gez. Weiher
Bürgermeister